

Resolution: Kein Herbst des sozialen Rückschritts

Der AWO-Kreisverband Bremen blickt mit großer Sorge auf die bundespolitischen Entwicklungen, die unter dem Schlagwort eines sogenannten „Herbstes der Reformen“ angekündigt wurden. Bundeskanzler Friedrich Merz hat eine umfassende Überprüfung zentraler sozialpolitischer Systeme angekündigt – insbesondere bei Transferleistungen, in der Kranken- und Pflegeversicherung sowie bei den Sozialversicherungen insgesamt.

Hinter der Rhetorik von „Modernisierung“ und „Effizienzsteigerung“ steht aus unserer Sicht ein Kurswechsel, der den Kern unseres solidarischen Sozialstaates in Frage stellt. Anstatt das soziale Netz weiter zu knüpfen, droht es aufgeweicht zu werden. Der angekündigte „Herbst der Reformen“ ist, so wie er sich derzeit abzeichnet, ein Herbst des Rückbaus sozialer Sicherheit.

Die AWO bekennt sich uneingeschränkt zu einem starken, handlungsfähigen und solidarischen Sozialstaat. Er ist keine Belastung, sondern die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer Demokratie. Deshalb fordern wir die demokratischen Fraktionen im Bundestag und in der Bremischen Bürgerschaft – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die LINKE und in Bremen die FDP – auf, sich dieser Entwicklung entschieden entgegenzustellen. Deutschland muss im europäischen Konzert eine Stimme der sozialen Vernunft und der Menschlichkeit bleiben.

I. Worum es wirklich geht

Die angekündigten Bundesreformen betreffen Millionen Menschen in unserem Land – und sie greifen tief in das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe ein.

Erstens: Beim (noch bestehenden) Bürgergeld drohen Verschärfungen, die den Gedanken der solidarischen Unterstützung untergraben. Sanktionen, verschärfte Zumutbarkeitsregeln und Leistungsentzüge sind nicht geeignet, Teilhabe zu fördern – sie erzeugen Angst und Demütigung. Soziale Sicherheit darf nicht mit Druck und Misstrauen operieren, sondern muss auf Förderung, Beratung und Vertrauen setzen.

Zweitens: Im Gesundheits- und Pflegesystem steht eine Entwicklung bevor, die die solidarische Absicherung von Krankheit, Alter und Pflege gefährdet. Eine zunehmende Privatisierung von Risiken, höhere Selbstbeteiligungen und Leistungseinschränkungen bedrohen die Gleichwertigkeit der Versorgung.

Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen erleben schon heute eine wachsende finanzielle Belastung. Eigenanteile in stationären und ambulanten Einrichtungen steigen seit Jahren, die Pflegeversicherung deckt immer weniger der tatsächlichen pflegebedingten Kosten. Immer mehr Betroffene müssen auf Sozialhilfe zurückgreifen.

Der demografische Wandel wird die Zahl der Pflegebedürftigen in den kommenden Jahren deutlich erhöhen. Wenn nicht entschieden gegengesteuert wird, drohen Überforderung, Versorgungsengpässe und soziale Ungerechtigkeit. Wir brauchen deshalb ein politisches Signal: Pflege ist Daseinsvorsorge – keine Sparmasse.

Drittens: Der soziale Diskurs verschiebt sich gefährlich. Die Behauptung, der Sozialstaat sei zu teuer und „Leistung müsse sich wieder lohnen“, ignoriert strukturelle Ursachen von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit und blendet aus, dass von einem funktionierenden Sozialstaat alle, die in

unserem Land leben, profitieren. Sie teilt die Gesellschaft in vermeintlich „Leistungsfähige“ und „Leistungsunwillige“ und versucht einen Keil zwischen die Generationen zu treiben. Doch Armut und Ungleichheit sind kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Schieflagen. Der Konflikt verläuft nicht zwischen Alt und Jung oder „Alt-“ und „Neu-“bürgern, sondern in der Frage von Einkommens- und Vermögensverteilung

Viertens: Die Diskussion zum Thema Migration wird dominiert von den Schlagwörtern „Verhinderung“, „Zurückweisung“ und „Abschiebung“. Integration von Migrant*innen spielt, wenn überhaupt, nur noch eine untergeordnete Rolle. Gelingende Integration ist ein wichtiger Baustein im Hinblick auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und Sicherheit. Sie dient der Fachkräftegewinnung in der freien Wirtschaft, dem Gesundheitswesen und der Sozialwirtschaft und nicht zuletzt der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme.

II. Unser Verständnis von sozialer Verantwortung

Die AWO steht seit über 100 Jahren für Solidarität, Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Diese Grundprinzipien müssen auch in Zeiten fiskalischer Enge und politischer Umbrüche gelten.

1. Sozialpolitik ist Zukunftspolitik. Von einem funktionierenden Sozialstaat profitieren alle. Investitionen in soziale Sicherheit sind Investitionen in Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Demokratie.
2. Das Existenzminimum ist unantastbar. Leistungen der Grundsicherung müssen armutsfest und lebensgerecht sein.
3. Solidarität darf nicht ausgehöhlt werden. Wer mehr hat, kann und muss mehr beitragen.
4. Teilhabe und Partizipation sind der Schlüssel. Betroffene müssen an politischen Prozessen beteiligt werden.
5. Migration muss als Chance begriffen werden. Integration von Migrant*innen – unabhängig davon, aus welchen Gründen sie nach Deutschland gekommen sind und welchen Aufenthaltsstatus sie haben – dient dem Wohl des Gemeinwesens.
6. Prävention vor Reparatur. Gute Sozialpolitik beginnt früh – in Bildung, Familienförderung und Gesundheitsvorsorge.
7. Soziale Teilhabe bedeutet auch: Ein gutes Leben im Alter statt Angst vor Altersarmut. Ein stabiles Rentenniveau und sichere Renten. Für die heutigen Rentnerinnen und Rentner und für kommende Generationen.
8. Eine nachhaltige und gerechte Pflegefinanzierung ist Voraussetzung für den sozialen Frieden. Pflegebedürftigkeit darf nicht in Armut führen und Pflegekräfte müssen unter fairen Bedingungen arbeiten können.

III. Forderungen an die demokratischen Bundestagsfraktionen und die demokratischen Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft

Der Bund, das Land Bremen und die Stadtgemeinde Bremen können und müssen im Rahmen ihrer politischen Gestaltungsspielräume aktiv gegensteuern. Die AWO fordert daher:

1. Klare politische Positionierung gegen Kürzungen im Bürgergeld (bzw. in der Grundsicherung), bei Sozialleistungen und bei den Mitteln für Arbeitsgelegenheiten (AGHs), die nicht nur Integration und

Teilhabe von Erwerbslosen in Arbeit gewährleisten, sondern auch essentiell für Angebote zur sozialen Teilhabe im Quartier sind.

2. Einrichtung eines Ausgleichs- und Härtefallfonds für Menschen, die durch Kürzungen oder strukturelle Lücken im Sozialleistungssystem in existenzielle Not geraten.

3. Auskömmliche Finanzierung und Stärkung der sozialen Infrastruktur – auch in allen Bremer Stadtteilen, um Beratung, Pflege, Teilhabe und soziale Unterstützung wohnortnah sicherzustellen.

4. Eine zukunftsfähige, armutsfeste Absicherung im Alter, die sicherstellt, dass Rentnerinnen und Rentner weiterhin an Lohnsteigerungen partizipieren. Das Rentenniveau muss daher, wie vom Bundeskabinett beschlossen, gesichert werden. Das deutsche Rentensystem ist leistungsfähig. Gerade weil es in seinen Grundsätzen seit Jahrzehnten Bestand hat. Wer das in Frage stellt schürt bewusst Unsicherheit. In der geplanten Rentenkommission müssen wichtige Zukunftsfragen für kommende Generationen geklärt werden.

5. Ein Bundesprogramm „Teilhabe und Integration“, das soziale Teilhabe und Inklusion systematisch fördert.

6. Eine kostendeckende und nachhaltige Finanzierung der Migrationsberatung (MBE) sowie einen auskömmlichen finanzierten Ausbau der psychischen Betreuung von Migrant*innen.

7. Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe, Einführung eines steuerfinanzierten kostenlosen Mittagessens in allen Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungsstätten und Eintreten für eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient.

8. Solidarische Finanzierung durch gerechte Steuerpolitik.

9. Einführung eines Sozialmonitorings, um die sozialen Auswirkungen von Reformen zu überprüfen.

IV. Aufruf

Der Herbst der Reformen darf kein Herbst des sozialen Rückschritts werden. Der AWO- Kreisverband Bremen ruft Politik, Zivilgesellschaft und Bürgerinnen und Bürger auf, gemeinsam für einen starken, solidarischen und zukunftsfähigen Sozialstaat einzutreten.

Soziale Sicherheit ist kein Luxus – sie ist Voraussetzung für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit.

Die AWO steht an der Seite derer, die auf Solidarität angewiesen sind. Sie steht für Gerechtigkeit, Teilhabe und Menschlichkeit.

Gerade jetzt – im sogenannten „Herbst der Reformen“ – braucht es eine Bewegung der Vernunft, die sagt: Unser Sozialstaat ist kein Sanierungsfall, sondern die Lebensader unserer Demokratie.